

Kennt die Wahlforschung noch den Wähler? Methoden und Befunde

Tagungsbericht



Dr. Gerhard Hirscher (Hanns-Seidel-Stiftung), Dr. Manuela Glaab (C·A·P), Dr. Viola Neu (KAS)

Zu Beginn des „Superwahljahres“ 2009 veranstaltete die Forschungsgruppe Deutschland des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Hanns-Seidel-Stiftung am 12. und 13. Februar einen Workshop mit dem Titel „Kennt die Wahlforschung noch den Wähler?“ Unter dem noch frischen Eindruck der zurückliegenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen gingen die etwa 30 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis der Frage nach, ob die gängigen Instrumente der Wahlforschung noch geeignet sind, um die Motive und Absichten der Wähler nachzuvollziehen. Weitere inhaltliche Schwerpunkte waren neue Formen der politischen Kommunikation, der Umgang mit Umfragedaten und das Problem des Datenschutzes im Bereich der Wahlforschung und der Wählermobilisierung.

Nach der Begrüßung durch die Veranstalter – Dr. Manuela Glaab für das C·A·P, Dr. Viola Neu für die KAS und Dr. Gerhard Hirscher für die Hanns-Seidel-Stiftung – bot der erste Referent, Dr. Michael Weigl (C·A·P), einen Rückblick auf die bayerischen Landtagswahlen des Jahres 2008 aus der Perspektive der Wahlforschung. Zu den Besonderheiten dieser Wahl, die bereits im Vorfeld von einem ungewöhnlich großen Medieninteresse begleitet war, gehörten neben dem unerwartet schlechten Abschneiden von CSU und SPD auch der Überraschungserfolg von FDP und Freien Wählern. Nach

einem Überblick über die längerfristigen Trends des Wahlverhaltens in Bayern wies der Referent auf einen bislang wenig beachteten Befund hin: die auffallend starken mikroregionalen Unterschiede des Wahlergebnisses. Er lieferte damit ein Grundmotiv für die weitere Veranstaltung, nämlich die Frage, ob die Wähler generell immer unberechenbarer agieren und bindungslos zwischen den Parteien schwanken.

Prof. Dr. Ulrich Eith von der Universität Freiburg widersprach dieser Sichtweise, indem er die fortbestehende Relevanz sozialer Konfliktlinien für das Wahlverhalten und das Parteiensystem hervorhob. „Alte und neue Konfliktlinien“ werden demnach vor allem dann sichtbar, wenn die Parteien, wie die SPD unter Gerhard Schröder, von ihrer angestammten Position auf der Werteskala abrücken und damit ihre Stammwählerschaft verunsichern. Mit der Agenda 2010 erlebte der traditionelle Konflikt zwischen wohlfahrtsstaatlich-interventionistisch und marktwirtschaftlich-liberalen Kräften eine Renaissance, die mit der Erweiterung des Parteiensystems um eine fünfte Partei, „Die Linke“, einherging. Als Lehre aus dieser Entwicklung empfahl Eith den Parteien, sich wieder mehr auf ihre traditionelle Anhängerschaft zu konzentrieren und ihren programmatischen „Markenkern“ stärker zu betonen.



Diskutanten auf dem Podium (v.l.n.r.): Dominik Meier (degepol), Kerstin Plehwe (Initiative ProDialog), Dr. Viola Neu (KAS), Thorsten Faas, M.Sc. (Universität Mannheim)

Im Anschluss gewährten Thorsten Faas, M.Sc. (Universität Mannheim), Kerstin Plehwe (Initiative ProDialog) und Dominik Meier (degepol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung) Einblicke in die Praxis der Politikberatung und der politischen Kommunikation. „Direkte Wähleransprache: Kampagnen und Datenschutz“ lautete der

Titel ihres Panels, das mit einem Überblick über Instrumente und Wirkungen direkter Mobilisierung begann. Demnach lasse sich besonders bei persönlichem Kontakt zwischen Kandidaten und Wählern ein deutlicher Effekt auf das Wahlverhalten nachweisen. Kerstin Plehwe wies allerdings darauf hin, dass sich die Instrumente der direkten Wähleransprache, wie sie vor allem in den USA und zuletzt in einer völlig neuen Qualität von Barack Obama eingesetzt wurden, nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen ließen. Dennoch bestünden auch in Deutschland vielfältige Möglichkeiten des direkten Dialogs zwischen politischen Akteuren und Wählern, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft würden. Dominik Meier verwies in diesem Zusammenhang auf das Problem des Datenschutzes, das sich mit der aktuell diskutierten Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes noch verstärken und eine direkte Ansprache von Wählern mit Hilfe von Adressdateien unmöglich machen würde. In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass Deutschland im Unterschied zu den USA über immer noch starke Mitgliederparteien verfügt. Inwieweit sich hier neue Wege der Mitgliedermobilisierung als auch der Wähleransprache beschreiten ließen, wurde kontrovers eingeschätzt. Als Hindernisse eines „echten Dialogs“ erachteten die Teilnehmer die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen der Parteien, aber auch politisch-kulturelle Prägungen. So wurde nicht nur auf die Bürgerferne der Parteien verwiesen, sondern auch eine mangelnde Begeisterungsfähigkeit und Engagementbereitschaft auf Seiten der Wähler ausgemacht.



v.l.n.r.: Dr. Werner Dieball (Dieball Coaching Akademie), Prof. Dr. Markus Klein (Universität Hannover)

Die Eröffnung am zweiten Workshop-Tag übernahmen Prof. Dr. Markus Klein (Universität Hannover) und Dr. Werner Dieball (Dieball Coaching Akademie) mit dem Thema „Werte und Emotionen: Unterschätzte Determinanten des Wahlverhaltens?“ Prof. Klein beantwortet diese Frage sogleich mit „ja“ und erläuterte diese Einschätzung

anschließend mit Hilfe eines erweiterten Rational-Choice-Ansatzes, der nicht den instrumentellen, sondern den expressiven Charakter des Wahllaktes in den Vordergrund stellt. Wahlen dienen demnach aus Sicht des einzelnen Bürgers nicht dazu, eine konkrete Wirkung zu erzielen bzw. eine Entscheidung herbeizuführen, sondern sie besitzen eine expressive Funktion. An den Urnen ginge es somit in erster Linie um Werte und Emotionen, nicht um Programme. Die Vermittlung von Politik müsse deshalb auch auf der Beziehungsebene erfolgen. Wie diese hergestellt werden kann, erläuterte Dr. Dieball, der als Kommunikationstrainer unter anderem auch Politiker berät. Als ein Beispiel für gelungene Kommunikation führte er Altkanzler Schröder an, der es verstanden habe, politische Botschaften mit persönlichen Elementen zu verknüpfen und damit seine Glaubwürdigkeit zu steigern. Um auf der emotionalen Ebene zu punkten sei eine Balance zwischen Authentizität und Rolle nötig.



Prof. Dr. Gerd Mielke (Universität Mainz), Matthias Jung (Forschungsgruppe Wahlen)

Den Abschluss des Workshops bildeten die Vorträge von Prof. Dr. Gerd Mielke (Universität Mainz) und Matthias Jung (Forschungsgruppe Wahlen), die sich kritisch mit der Frage auseinandersetzten, wie mit den Befunden der Wahlforschung umgegangen wird und welche Beratungsangebote an die Politik sich daraus ableiten lassen. Mielke verwies in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Interessenlagen der beteiligten Akteure und damit auch auf die unterschiedliche Logik, die den Umgang mit Umfragedaten bestimme. Zwischen den betriebswirtschaftlichen

Interessen kommerzieller Forschungsinstitute, wissenschaftlichen Standards, politischer Opportunität und den Gesetzmäßigkeiten des Medienbetriebs bestünden häufig Widersprüche. So würden beispielsweise die Befunde der Wahlforschung über abnehmende Parteibindungen der Wähler in den Medien deutlich verzerrt und übertrieben dargestellt. Geeignete Beratungsangebote der Wahlforschung an die Politik seien nur möglich, wenn in regelmäßigen Gesprächskreisen diese Widersprüche überbrückt werden könnten. Jung bestätigte diese Einschätzung und beklagte das Problem der Wahlforschung, Prognosen liefern zu müssen, ohne über das entsprechende Instrumentarium zu verfügen. Auch Wählerwanderungen seien auf der Grundlage der verfügbaren Daten eigentlich nicht nachvollziehbar. Zudem leide die Zunft unter einem Theoriedefizit, das die Aussagekraft von Umfragen einschränke. Hinzu komme die mangelnde Transparenz der Wahlforschung – Befunde ließen sich oftmals nicht überprüfen, da die zugrunde liegenden Rohdaten unter Verschluss gehalten würden.

Zusammenfassend stellten die Veranstalter fest, dass es mit diesem Workshop gelungen sei, die Probleme und Widersprüche der Wahlforschung zur Sprache zu bringen und damit auch ein Stückweit einen Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis zu ermöglichen. Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen zählte die übereinstimmende Einschätzung der anwesenden Experten, dass die bereits als Gemeinplatz gehandelte Volatilität des Wahlverhaltens und die abnehmenden Parteibindungen der Wähler aus Sicht der Wahlforschung nur teilweise bestätigt werden können. Vielmehr weisen Wahlverhalten und Parteiensystem – vor allem in den alten Bundesländern – eine größere Stabilität auf als vielfach angenommen.

Wie der einzelne Wähler zu seiner Wahlentscheidung gelangt, ist jedoch keineswegs vollständig beantwortet. So arbeitete der Workshop denn auch mehrere Desiderate heraus, die es weiter zu erforschen gilt. Wenig untersucht sind bisher etwa die wachsenden Gruppen von Spätentscheidern, Brief- und Nichtwählern. Auch bedürfen die Erklärungsansätze und Instrumentarien der Wahlforschung der Weiterentwicklung. Eine Folgeveranstaltung wurde daher aus dem Kreis der Veranstalter und Teilnehmer bereits angeregt.